

Zehn Jahre Einparteien-Diktatur

Zwangsvereinigung leitete die politische Spaltung ein

Zehn Jahre liegt es nunmehr zurück, seit aus der Zwangsverschmelzung von KPD und SPD die „Sozialistische Einheitspartei“ entstanden ist. „Mit dem heutigen Tage gibt es keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten mehr!“ hatte Walter Ulbricht auf dem „Vereinigungsparteitag“ ausgerufen. „Mit dem heutigen Tage gibt es nur noch Sozialisten!“ Der tragische Weg der sowjetzonalen Sozialdemokratie hat den Beweis für die kommunistische Heuchelei geführt. Die „vereinigungs“-bessenen opportunistischen SPD-Funktionäre von 1946 sind geflüchtet, verhaftet oder in die Versenkung geschickt worden. Die einfachen und ehrlichen Sozialdemokraten aber wurden zu Blutspendern für die gescheiterte kommunistische Bewegung mißbraucht.

Die bürgerlichen Zonenparteien wurden im „Demokratischen Block“ kaltgestellt und neutralisiert. Die SPD aber wurde „in sozialistischer Klassenbrüderschaft“ vernichtet und geschluckt. Und jene Sozialdemokraten, die den Verrat begriffen und sich gegen ihn zur Wehr setzten, wurden brutal behandelt.

So ist das Schicksal der Ost-SPD eine harte Warnung für jene geworden, die glaubten, es gäbe mit den Kommunisten irgendeine gemeinsame Basis, auf der man sich verständigen kann. Aber noch mehr ist an diesem historischen Faktum interessant.

Als die Sowjets Mitteldeutschland besetzten, war in ihren politischen Plänen kein Wiederaufstehen der KPD vorgesehen. Beabsichtigt war dagegen die Gründung eines „Blocks der kämpferischen Demokratie“, dem alle Hitlergegner angehören sollten. Buchstäblich im letzten Augenblick warf Moskau den Kurs herum und befahl die Neugründung der KPD, die als kleine Kaderpartei alle wichtigen Positionen in Staat und Wirtschaft besetzen sollte. Ein Zusammenschluß mit der SPD wurde strikt abgelehnt, weil die Kommunisten befürchten mußten, dabei in allen künftigen organisatorischen und politischen

Fragen auf Grund ihrer hoffnungslosen Minderheit überstimmt zu werden. Bereits nach wenigen Monaten aber machte sich die Entfremdung der aus Moskau zurückgekehrten KP-Emigranten von der deutschen Bevölkerung unangenehm bemerkbar.

In dieser Phase ordneten die Sowjets — zuerst sogar gegen den Willen der KPD-Führer — die Zwangsverschmelzung an. Leitende SPD-Politiker um Grotewohl wurden in Separatverhandlungen mit sowjetischen Besatzungsoffizieren für diesen Plan gewonnen. Man nahm sogar Urabstimmungen in ostzonalen SPD-Organisationen vor, die allerdings ein für die Kommunisten negatives Ergebnis zeigten. Die Macht der Besatzungsoffiziere entschied schließlich das Schicksal der SPD: Während in der amerikanischen Besatzungszone die SPD-Landesvorstände mit 144 : 6 Stimmen eine Verschmelzung ablehnten, wurde diese in der Sowjetzone ohne demokratisches Federlesen „organisiert“. Wer von den Sozialdemokraten nicht in die neue SED eintreten wollte, sah sich plötzlich schärfster politischer Verfolgung und weitgehenden Repressalien ausgesetzt. Und die neue KPD/SPD vermochte sich mit konzentrierter Kraft auf die Zerschlagung der

bürgerlichen Parteien zu stürzen.

Es gibt keine Wiederholungen!

Die SED hat an diesem 10. Jahrestag ihrer Gründung recht deutlich zu verstehen gegeben, daß sie die Manöver von 1946 wiederholen möchte. Wieder geht das Liebeswerben um SPD und Gewerkschaften. Eine „neue sozialistische Partei“, die vielleicht nicht einmal den Namen SED tragen brauchte, wird von den Sowjets in Tastversuchen offeriert. Auch 1946 hatte Ulbricht diese Taktik geübt! Die SED ist heute kompromittiert in jeder Beziehung. In ihrem Namen kann Moskau keinen nennenswerten Vorschlag mehr unterbreiten. So sucht man nach neuer, „sozialistischer“ Tarnung, für die nun auch die westdeutsche SPD erhalten soll. Immerhin hat man dort den Kommunisten zu verstehen gegeben, daß auch SPD und Gewerkschaften keine Bresche sind für einen kommunistischen Einbruch in die Demokratie. Es gibt heute keinen politisch denkenden Menschen in der Bundesrepublik, der eine „Koalition“ mit den Kommunisten eingehen möchte.

„Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenzen“, „Zentralkomitee-Besprechungen mit westdeutschen SPD-Funktionären“ und „die Meinung des westdeutschen SPD-Funktionärs Werner H.“, von denen die Ostpresse in diesen Bemühungen lebt, sind nichts anderes als recht primitiv angelegte Täuschungsmanöver, mit denen die SED die Bevölkerung irrezuführen sucht. Die Wahrheit kennen am besten jene Zonenbewohner, die seit 1946 in den Zuchthäusern der Zone auf eine andere „Aktions-einheit“ warten. ■ ■ ■

Die Parteien formieren sich

DT. Die Bundesparteitage der größeren Parteien stehen schon durchweg im Zeichen des Wahlkampfes zum künftigen Bundestag. Kurz nacheinander tagen FDP in Würzburg, CDU in Stuttgart, BHE in Fulda und SPD in München. Die Probleme der Parteien liegen verschieden, die Blickrichtung auf die nächste Bundestagswahl ist allen gemeinsam. Jede Partei sucht möglichst schlagkräftig zu werden, formiert sich im Innern strenger, sucht neue Ideen und Schlagworte (von Programmen scheut man sich mit Recht zu reden) und hält Hausputz im organisatorischen Apparat. Aber die Entscheidungen der Parteitage gehen über den Wahlkampf hinaus. Es wird schon überlegt, ob man mit dieser oder jener anderen Partei nach den Wahlen eine neue Regierung in Bonn bilden könnte. Politiker, die diesen oder jenen fernerer Kurs der Partei bevorzugen, werden in den Vordergrund geschoben oder suchen sich nach vorn zu drängen. Wenn die Parteitage vorüber sind, wird man vielleicht schon mit einiger Sicherheit voraussagen können, wie 1957 die neue Bundesregierung aussehen wird.

Beim CDU-Parteitag steht das Organisatorische im Vordergrund. Man wird ein etwa 10köpfiges Parteidirektorium bilden, in dem es genügend Männer gibt, die ihre volle Arbeitskraft der Vorbereitung des Wahlkampfes widmen können; mit aus diesem Grunde wird es auch vermieden, so vielbeschäftigte Bundesminister wie Brentano und Schröder oder den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier an die wichtigsten Partiestellen aufrücken zu lassen. Neben dem mehr repräsentativen Vorstand (Adenauer, Kaiser, von Hassel) wird es in diesem Direktorium vor allem eine Reihe von politisch tatkräftigen Männern mit organisatorischem Talent geben — etwa den früheren Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, seinen Innenminister Franz Meyers oder den früheren Staatssekre-

tär Adenauer, Otto Lenz. Daneben wird die CDU freilich bei ihrem Parteitag nicht versäumen, dem Wähler — besonders in sozialpolitischer Hinsicht — ein Programm zu präsentieren, das erkennen lassen soll, daß die CDU auch nach achtjähriger Regierungsführung noch genug neue Aufgaben für weitere vier Jahre sieht.

Auch bei FDP und BHE liegt das Schwergewicht auf den Entscheidungen über die Parteiführungen, aber in jeweils verschiedener Schattierung. Große Teile der FDP sind der Eskapaden Thomas Dehlers müde. Sie hätten ihn in Würzburg gern durch einen anderen Vorsitzenden ersetzt; nur fehlte es an geeigneten Persönlichkeiten. Man hat an Dr. Max Becker gedacht, der vor einiger Zeit von Adenauer so heftig im Bundestag angegriffen wurde — aber wer entsinnt sich der Episode, wer hat Beckers Namen noch im Ohr behalten?

Beim BHE wird der bisherige Vorsitzende, der niedersächsische Minister von Kessel, wahrscheinlich wiedergewählt werden. Kessel gilt als ein Mann von einigermaßen „bürgerlichen“ Neigungen. Aber er wird als Vorsitzender die Zügel der Partei wohl kaum in der Hand behalten, wenn als stellvertretender und geschäftsführender Vorsitzender Frank Seiboth gewählt wird — ein Politiker, der ausgesprochen zum festen Bündnis mit der SPD neigt. Der künftige Kurs des BHE wird damit wohl ziemlich festgelegt sein.

Ein ganz anderes Bild dürfte der Parteitag der SPD bieten. Fragen der Parteiführung werden hier mehr routinemäßig behandelt. Für die SPD-Führung geht es diesmal um zweierlei: gegenüber den Funktionären und Mitgliedern im Lande den wehrpolitischen Kurs der Partei, der vielen zu schwach ist, zu verteidigen und sich zugleich als mögliche Regierungspartei zu erweisen. Kampf gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und Befürwortung eines Berufsheeres sollen beide Aufgaben in einem erfüllen. Zugleich hofft die SPD-Führung offenbar auch, mit der Ablehnung der Wehrpflicht einen populären Wahlschlager zu ge-

winnen. Freilich wird sich zeigen müssen, ob die traditionelle Abneigung der alten Funktionäre gegen das Berufssoldatentum nicht auch jetzt noch zum Vorschein kommt. An der Fähigkeit, die verschiedenen Strömungen innerhalb der SPD zu einem konstruktiven Programm zu vereinigen, kann sich erweisen, ob die SPD gegebenenfalls reif wäre, die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Der Konkurrenzkampf unter den Parteien ist seit 1948 immer schärfer geworden. 1949 begnügte man sich noch mit improvisierten Methoden im Streit um die Wählerseele. 1953 hatte zwar wenigstens die CDU mit modernen Mitteln aufzuwarten, aber der Wahlkampf blieb doch immer ein wenig spielerisch. 1957 werden wir einen Wahlkampf erleben, der sozusagen maschinell abläuft. Da ist alles auf Monate im voraus geplant, nichts bleibt dem Zufall überlassen.

Peinlicher Beifall

Man stelle sich einmal vor, Thomas Dehler hätte nach den Bundeswahlen von 1953 in der Bundesregierung, der er bis dahin angehörte, wieder Platz gefunden. Er wäre dann trotz unglücklicher „Sonntagsreden“, die er nicht lassen kann, ein eifriger Gefolgsmann Adenauers geblieben.

Die Tatsache, daß er in das damals gebildete neue Kabinett nicht mehr „hineingenommen“ wurde, steht deutlich spürbar am Anfang seiner heute so feindlichen Opposition. Er wußte vorher nicht, daß es die größte Ehre eines Ministers ist, einfach sein Amt niederzulegen, falls er den Regierungskurs nicht mehr glaubt verantworten zu können. Wie stünde Thomas Dehler heute da, wenn er diese Trennung in einer Zeit vollzogen hätte, als er die von ihm heute so leidenschaftlich kritisierte Regierungspolitik noch kräftig bejahte! Es gibt einen Minister, der hierzu den Mut hatte. Das war der frühere Bundesinnenminister Heinemann. Wir billigen nicht die Motive, die ihn zu diesem Schritt bewegten, aber wir haben vor ihm den großen Respekt, der einer solchen ge-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. R e g n i

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Zehn Jahre Politik für Deutschland

Rechenschaftsbericht Adenauers vor dem CDU-Parteitag

Bonn (DPA). Unter dem Motto „Zehn Jahre Politik für Deutschland“ steht der Bundesparteitag der CDU in Stuttgart. Die CDU will in Stuttgart schon die Grundpfeiler für das Wahlprogramm legen, das sich im Jahre 1957 auf Außen-, innen- und sozialpolitischem Gebiet auswirken soll. Nach der jüngsten Entwicklung wird die Außenpolitik im Vordergrund stehen, zu der der Bundeskanzler in einem Referat „Zehn Jahre Politik für Deutschland“ spricht.

Zu dem gleichen Thema spricht auch Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier. Dem Parteitag ging eine Sitzung des Bundesvorstandes und des Parteiausschusses der CDU voraus.

Die Außenpolitik wird ferner auch im Mittelpunkt von Referaten stehen, die Bundesminister Kaiser über die Entwicklung in Mitteldeutschland, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Klesinger, über den Kommunismus als Weltgefahr, halten werden.

Sorin-Vortrag fällt aus

Düsseldorf (AP/DPA). Der geplante Vortrag des sowjetischen Botschafters Sorin vor dem „Rhein-Ruhr-Klub“ in Düsseldorf findet nicht statt. Wie die Klubleitung mitteilte, habe sich

Moskau muß seine Fehler korrigieren!

Auch die Teilung Deutschlands ist ein Unrecht Deutschlands

Washington (AP/DPA). Vor der Vereinigung der amerikanischen Zeitungsverleger hielt Präsident Eisenhower eine über alle amerikanischen Rundfunksender verbreitete Rede, in der er zu der Abkehr der Sowjetführung vom Stalinkschen Stellung nahm. Die Rede gipfelte in der Feststellung, daß noch grundlegende Änderungen in der Sowjetpolitik eintreten müßten, bis die freien Nationen es sich leisten könnten, in ihrer Wachsamkeit nachzulassen.

Es sei „noch viel von Stalin gegen andere Nationen begangenes Unrecht unter seinen Nachfolgern aufrechterhalten“ geblieben, erklärte der Präsident und erwähnte in diesem Zusammenhang die Fortdauer der Teilung Deutschlands als Ergebnis des sowjetischen Vetos gegen freie gesamtdeutsche Wahlen, die Unterdrückung der osteuropäischen Satelliten und die Aufrechterhaltung der Teilung von Korea.

An die Stelle der Einmann-

Diktatur Stalins, so stellte Eisenhower fest, ist die „kollektive Diktatur“ getreten. Man habe Stalin für einige besonders schwere Ausschreitungen seiner brutalen Herrschaft Vorwürfe gemacht, aber dem einzelnen Bürger in der Sowjetunion blieben nach wie vor die elementarsten Garantien der freien Gesellschaft vorenthalten. Immer noch seien die meisten internationalen Probleme, die die Welt seit Kriegsende in Unruhe versetzt haben, ungelöst. So sei es noch zu früh, endgültig zu entscheiden, ob das sowjetische Regime geeignet ist, eine Grundlage für stabile und dauerhafte Beziehungen zu bieten.

Die Freiheit stärken!

Den weiteren Teil seiner Rede widmete der Präsident den Forderungen seiner dem Kongreß vorgelegten verstärkten Auslandshilfe. Eisenhower betonte, daß die USA zum mindesten noch eine ganze Reihe von Jahren Auslandshilfe leisten müßten, denn es sei billiger, die Freiheit zu stärken, als sie zurückzugewinnen, wenn sie einmal verlorengegangen ist.

Deutsche Siedlungen in Sibirien

Es gibt sogar eine deutschsprachige Zeitung

Stuttgart (AP). Der Moskauer Korrespondent des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Klaus Mehnert, hat über den Rundfunk berichtet, er habe auf seiner soeben beendeten Sibirienreise in den Provinzen Altai und Kasakstan zahlreiche Ansiedlungen von Volksdeutschen gefunden. Es handele sich dabei nicht um ehemaligen Reichsdeutsche oder Kriegs- und Zivilgefangene, sondern um Volksdeutsche, deren Ahnen im 18. Jahrhundert in die Ukraine, die Wolgagebiete oder nach Kaukasien ausgewandert seien, und die zu Beginn des zweiten Weltkrieges

von den Sowjets nach Sibirien geschickt wurden.

Die Ansiedlungen beständen größtenteils aus geschlossenen Ortschaften mit überwiegend volksdeutscher Bevölkerung. Mehnert sagte, er habe in der Stadt Barnaul in der Provinz Altai sogar die Redaktion einer seit Ende 1955 bestehenden deutschsprachigen Zeitung mit 6400 Abonnenten besucht. Die Zeitung wurde von dem russischen Kommunisten Viktor Peskow geleitet, der dem sowjetischen Redaktionsstab der Berliner „Täglichen Rundschau“ bis zu dessen Auflösung angehört habe.

Spionage und Menschenraub

DT. Wenn ein Angehöriger der sowjetischen Besatzungsmacht, wie es dieser Tage erwiesen wurde, in Westberlin oberirdisch Menschenraub betreibt: das ist in Ordnung, da kräftig kein roter Hahn. Wenn dagegen die Amerikaner, wie die Sowjets soeben entdeckt haben wollen, unterirdisch ostzonale Telefonkabel anzapfen: das ist ein schweres Verbrechen. Der ganze rote Blätterwald rauscht, und die Sowjets sind empört, obwohl auch westliche Kabel bereits angezapft waren und wahrscheinlich noch sind.

In Wirklichkeit jedoch sieht diese Gegenüberstellung etwas anders aus. Der Menschenraub ist ein Verbrechen, das unter gesitteten Völkern geächtet und von ihnen unter Strafe gestellt ist — ganz gleich, von wem und gegen wen es begangen wird. Die Spionage dagegen als die Erkundung geheimgehaltener Tatsachen aus dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Bereich fremder Länder ist zwischen rivalisierenden Staaten leider seit uralten Zeiten üblich. Die sowjetische Empörung rich-

tet sich aber nicht gegen die Spionage an sich, sondern gegen die Spionage der anderen. Das ist überhaupt die „Moral“ der Spionage, wenn und soweit sie eine hat.

Die moralische Wertung des Menschenraubes dagegen ist in allen zivilisierten Staaten einheitlich, ganz unabhängig vom Täter und vom Tatort: Er gilt als ein schweres Verbrechen. Wir selbst würden ihn auch dann verurteilen, wenn er etwa — was allerdings noch in keinem einzigen Falle geschehen ist — von westlichen „Agenten“ im Ostsektor Berlins verübt werden sollte. Für den moralischen Unterschied der beiden hier behandelten Tatbestände hat man sogar in Moskau und Pankow noch ein gewisses, schamhaftes Verständnis. Einen Spionageakt gibt man dort vielleicht einmal zu, wenn auch möglichst schweigend. Den Menschenraub dagegen pflegt man eisern zu leugnen. Man behauptet notfalls frei, das unglückliche Opfer sei freiwillig gekommen oder sei im Ostsektor „gefaßt“ worden.

Moskau lockert die Kontrolle

Dulles: Der Veränderung der Sowjetpolitik anpassen!

Washington (AP/DPA). Der amerikanische Außenminister Dulles hat auf einer Pressekonferenz die Ansicht vertreten, daß es in Osteuropa Zeichen für ein Schwächerwerden der Kontrolle Moskaus über die Satellitenstaaten gebe. Dieses Nachlassen habe seinen Ursprung in der Aussöhnung mit Jugoslawien, denn wenn Moskau den Titoismus anerkenne, so könne dies unmöglich ohne Auswirkungen auf die kommunistischen Parteien anderer Länder bleiben.

Dulles erläuterte ferner seinen Vorschlag vom Montag, die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO auf politische und wirtschaftliche Fragen auszudehnen und teilte mit, daß die USA dem in der nächsten Woche in Paris tagenden NATO-Rat entsprechende Anregungen vorlegen werden. Wenn die NATO auch immer in erster Linie ein militärisches Instrument bleiben werde, so sei jetzt doch eine Ausdehnung des Aufgabenge-

bietes notwendig geworden, um sich der veränderten sowjetischen Taktik anzupassen. Die NATO-Staaten sollten erwägen, wie sie mit nichteuropäischen Staaten wirtschaftlich zusammenarbeiten und rückständige Gebiete, etwa den Nahen Osten, unterstützen könnten.

Adenauer zum Kurswechsel

Abkehr vom Stalin-Mythos ist nur eine Fiktion

Locarno (DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer, dessen Ferien im Tessin zu Ende gegangen sind, erklärte in einem Interview mit der Zeitung „Popolo e Liberta“ in Bellinzona auf die Frage, was er von der Abkehr der Sowjetführer vom Stalinmythos halte: „Die Zerstörung des Stalinmythos ist nur eine Fiktion, wenn man nicht gleichzeitig die Konsequenzen der jetzt als falsch betrachteten Stalinschen Politik ausschaltet, und wenn

Schrumpfender Mai

Das „Neue Deutschland“ veröffentlichte die „Losungen des Zentralkomitees der SED zum 1. Mai 1956“. Diese Losungen weisen einen bemerkenswerten Schrumpfungsprozeß auf. Während ihre Zahl in den letzten Jahren über 80 betrug, sind es heute sage und schreibe nur noch 20 — ein kurzer, milder Auszug aus dem früher so stattlichen Katalog kommunistischer Maiparolen. Nicht nur ihre Zahl, auch ihr Pathos wurde angenehm gedrosselt.

Die wichtigste Veränderung aber liegt darin, daß auch hier der inzwischen verfluchte „Personenkult“ restlos ausgemergelt ist. In den beiden vergangenen Jahren durfte Stalin in der 83. oder 84. Lösung neben Marx, Engels und Lenin wenigstens noch das „unbesiegbare Banner“ des Kommunismus mit vorantragen. Heute darf er gar nichts mehr — er darf überhaupt nicht genannt werden. In den Mailösungen von 1953 noch erschien er als „großer Vorkämpfer“, als „der große Stalin“, als „unsterblicher Lehrer und Freund“, nach dessen (inzwischen als falsch erkannten) „Weisungen“ man „vorwärts zum Sozialismus“ marschieren wollte. Der Achtung des „Personenkults“ ist auch Wilhelm Pieck zum Opfer gefallen, der in den letzten Jahren mit besten Wünschen für „Gesundheit und langes Leben“ noch einen Ehrenplatz in den Mailösungen hatte. Man sieht: wenn Moskau befiehlt, dann ist das Gehorchen gründlich — auch ohne Kominform.

man den Satellitenstaaten, darunter auch der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik, nicht die Freiheit gibt. Wenn es dazu käme, so müßte nach meiner Auffassung zwischen der Sowjetunion und dem Westen eine starke Entspannung eintreten.“

Zur gegenwärtigen politischen Lage erklärte der Bundeskanzler, seit der zweiten Genfer Konferenz habe sich die internationale Lage beträchtlich verschlechtert,

So sind sie wirklich:

Die Posaune von Pankow

Im Ostberliner „Jugendforum“ macht ein Mann von sich reden, den man einige Jahre aus den Augen verloren hat: Gerhart Eisler, kleiner Goebbels der Komintern, auch „Die Posaune von Pankow“ genannt. Altkommunisten kennen den kleinen, vitalen Demagogen; den Jugendlichen, zu denen er spricht, ist Eisler mitunter noch ein Rätsel. Grund genug, seinen Werdegang zu zitieren.

Eisler wurde am 6. Juli 1898 als Sohn des österreichischen Gelehrten Dr. Rudolf Eisler in Leipzig geboren. Auf journalistischen Pfaden stieß er 1918 zur Kommunistischen Partei Österreichs. Hier redigierte er bis 1920 die bucharinistische Zeitschrift „Kommunismus“, die zwei Jahre später von der Komintern als „linksextrem“ aufgelöst werden sollte. Seine Schwester Ruth Fischer, heute als „Trotzkistin“ in den USA, holte ihn zu sich in die Berliner Bezirksleitung der KPD. Durch ihre Vermittlung wurde er politischer Redakteur der „Roten Fahne“. Als die KPD 1923 den „nationalen“ Kurs proklamierte, änderte Eisler eigenmächtig einen wichtigen Aufruf des aus Moskau entsandten Radek, der schwere politische Folgen hatte. Eisler wurde fristlos entlassen, anschließend von der GPU kontaktiert und 1923 zum Erstauen aller Berliner Kommunisten in der Informationsabteilung der Berliner Sowjetbotschaft angestellt. Nur wenige wußten, daß sich Eisler diesen Posten durch einen Verrat an seinem später hingerichteten Lehrer Bucharin verdiente.

Zwischen Stalin und Bucharin

Als Eisler 1928 in die Parteidämpfe der KPD, in der Thälmann mit den „Ultralinken“ um die Macht rang, verwickelt wurde, holte ihn Stalin nach Moskau. Hier hat er vermutlich die dunkelste Rolle seines Lebens gespielt. Bucharin hielt Eisler für seinen Vertrauensmann, Eisler aber hat Bucharin laufend an Stalin verraten. Zwei Jahre lebte Eisler in strenger Isolierung von der deutschen KP in

GERHART EISLER



der Sowjethauptstadt. 1930 ging er in besonderer Mission nach China. Er selbst hat in Amerika dazu erklärt, daß sein Auftrag rein nachrichtendienstlicher Natur gewesen sei. Der nächste Auftrag kam wieder von Stalin: 1933 in die USA. Eisler pendelte im Kominform-Auftrag zwischen New York, Paris, Prag, Wien, Kopenhagen und Madrid.

1937 wurde Eisler nach Moskau befohlen. Es war die Zeit der großen „Tschistka“, der Stalinschen Säuberung. Viele Kommunisten lehnten damals eine solche Berufung nach Moskau ab. Eisler ging ohne Furcht, er wußte: Stalin brauchte ihn als Prozeßzeugen gegen seine politischen Feinde. Eislers Zeugenprotokolle dürften für manche Hinrichtung der letzte Mosaikstein gewesen sein. Dinge, die er heute vergessen wissen möchte.

1939 in Paris, wußte er sich als einer der wenigen dort lebenden Kommunisten sofort dem Hitler-Stalin-Pakt anzupassen. Er stellte sich freiwillig den französischen Behörden, die ihn in Vernet internierten. Mit mexikanischem Visum kam er 1941 nach den USA, die ihm für New York Aufenthaltserlaubnis gaben. Als „jüdisch verfolgt“ und „bürgerlicher Journalist“ vermochte er jahrelang die Ein-

wanderungsbehörden zu täuschen, die — so seltsam das klingen mag — niemals erfuhren, welchen Kominternvertreter sie beherbergten. Erst 1946, als Eisler ein Ausreisevisum in die Sowjetzone Deutschlands beantragte, stieß den Amerikanern die Fragebogenfälschung des „bürgerlichen Journalisten Eisler“ auf. Die Untersuchung seiner Amerika-Tätigkeit brachte dann mancherlei zutage. Sechs Jahre Gefängnis für Spionagetätigkeit und einiges andere ließen sich danach für Eisler nicht mehr umgehen. Aber: Eine unbekannte sowjetische Stelle gab 25 000 Dollar Kaution, Eisler blieb auf freiem Fuß. . . .

An Händen und Füßen . . .

Eisler flüchtete, und die Umstände dieser Flucht gehören heute zur Komintern-Historie. Das polnische Schiff „Batory“ nahm den harmlosen Spaziergänger im New Yorker Hafen illegal an Bord. Als ihn die Engländer auf der britischen Zwischenstation auf amerikanischen Auslieferungsantrag von Bord holten, mußte Eisler an Händen und Füßen fortgetragen werden . . .

Off mag er diese Widerspenstigkeit bereut haben. Manchmal wäre er lieber bei seiner „trotzkistischen“ Schwester in den USA. So aber ließen ihn die Briten nach Pankow, wo er zum Propagandachef der Zonenregierung avancierte. Im Sommer 1952 setzte Ulbricht ihm einen SED-Funktionär vor die Nase, 1953 war die „Posaune von Pankow“ verstummt. Die „amerikanischen Kartoffelkäferabwürfe auf die Zone“ waren sein letztes propagandistisches Meisterwerk. Als Hochschuldozent und Redakteur schlug er sich durch bis zu jenem „Jugendforum“, das sein „come back“ bedeuten soll. Aber in den Aufstieg mischen sich neue Töne aus Moskau, die Rehabilitierung Bucharins und die Untersuchungen gegen stalinistische Provokateure. Vielleicht sollte man auch ein paar Geschichtsfragen stellen auf dem Jugendforum . . .

Warum sind Urlaubsreisen gefährlich?

Enttäuschung über nicht eingelöste Versprechungen

Zahlreiche Zonenbewohner, die im vergangenen Sommer nicht in die Bundesrepublik reisen konnten, wurden von der SED damit vertröstet, daß im Sommer 1956 „jedermann reisen kann, wohin er will“. Jetzt werden die Urlaubspläne gemacht, und wie ist die Lage? Der Urlaubsverkehr nach dem Westen wird von den Ostbehörden in jeder möglichen Weise behindert und eingeschränkt. Gegen westdeutsche Besucher, die ihre Verwandten in der Zone besuchen möchten, wird in den kommunistischen Provinzzeitungen eine gehässige Kampagne geführt.

Unter dem Motto: „Erhaltet unseren Werktätigen jeden Erholungsplatz!“ Private Reisen sind durch eine weitere Dezimierung der Privatpensionen und -quartiere fast unmöglich geworden. Übrig bleibt die „organisierte Reise“ zum von FDGB festgelegten Ferienzweck.

Wer eine oder mehrere FDGB-Reisen hinter sich hat, kennt diese Form der „Erholung“ nimmere zur Genüge. Alles ist „organisiert“, vom Frühstück bis zur „politischen Freizeitgestaltung“. Der Ferienschek, im Betrieb oft teuer genug erkämpft, birgt noch immer die gleichen Enttäuschungen: Das, was zu „organisieren“ wäre, ist nämlich nicht organisiert! Die Quartiere entsprechen nicht den Bestellungen, Ferienorte werden in letzter Minute „umdisponiert“. Ehepaare dürfen sich mit fremden Reisegenossen in unvorhergesehene 3-Bett-Zimmer teilen und des Altgewohntesten mehr. Aus der Ferienwanderung wird ein Betriebsausflug, in die Geselligkeit mischt sich die Politikultur, und das ganze „Erholungs“theater hängt einem nach wenigen Tagen zum Halse heraus.

Ferien ohne Kinder

Viele Eltern mußten 1955 ohne ihre Kinder in Urlaub fahren, weil die FDGB-Heime nur „Werktätigen“ offenstehen sollten. In diesem Jahr wollte man mehr Familienreisen „organisieren“. SED und FDJ haben aber nicht einen Augenblick daran gedacht, ihre künftigen Pionier- und Wehrrüchtigungslager zu dezimieren. Wieder wird getrennt gefahren: Mindestens jeder zweite schulpflichtige Jugendliche wird ganz routinemäßig in eines der straff gelenkten Jugendlager expediert. Kompaßkunde und Geländeübungen werden den Ge-

nossen der Natur ersetzen. Rund 40 000 Jugendliche gehen in Ausbildungslager der GST, während alle übrigen Lager die „Verteidigungsbereitschaft“ ins Ferienprogramm mit übernommen haben.

Angst vor Badegästen

30 000 Jugendliche sollten 1956 in die Hohe Tatra, nach Bulgarien und auf die Krim. An ihrer Stelle werden 8000 FDJ-Funktionäre dorthin fahren. Dem Neuausbau von 6 FDGB-Heimen steht die Eröffnung allein 26 neuer Funktionärerholungsheime gegenüber. Wer diese Heime kennengelernt hat, weiß, auf welcher proletarisch klassifizierten Rangstufe der FDGB-Urlauber steht. Gleichzeitig wird der Zonenbevölkerung erzählt, daß sich in der Bundesrepublik nur „Kapitalisten und Großverdiener“ Urlaubsreisen zu leisten vermögen. Die Aushänge an jedem Westberliner Reisebüro dürften als Gegenargument genügen. Jede Sekretärin, geschweige denn der gutverdienende Facharbeiter, kann es sich im Westen leisten, seinen Urlaub an der französischen Riviera, auf Sizilien oder in Skandinavien zu verbringen. Dem Mann aus Leipzig aber wird es als verdächtig angekreidet, wenn er ein Privatquartier in einem Fischerdorf an der Ostseeküste beziehen will.

Verfolgt man die kommunistischen Zeitungskommentare, dann geschehen geheimnisvolle Dinge an der Nord- und Ostseeküste der Bundesrepublik: Marineübungen, Bunkerbau, jeder Küstenstreifen militärisch eingeplant. Die westdeutschen Camping-Freunde würden große Augen machen, wenn man ihnen dies erzählte. Aber warum ist die Ostzonenküste zu vier Zehnteln ihrer Länge „militärisches Verteidigungsgebiet“? Warum werden die Badegäste so ängstlich verschuecht, wenn sie einmal einige Kilometer den ihnen zugewiesenen Strand verlassen? Warum wird die durch die an Polen abgegebenen Gebiete bereits stark zusammengeschrumpte Ostzonenküste auch heute nur zur knappen Hälfte ausgenutzt?

In der Bundesrepublik fährt jeder, der will, auch mit kleinem Geldbeutel, dorthin, wo es ihm beliebt. Für die Zonenbevölkerung ist der Urlaub ein Glücksspiel geworden, wird die Erholung von der „gesellschaftlichen“ und der Arbeitsleistung abhängig gemacht. Und möchte man nicht gerade dann einmal Urlaub machen, Urlaub von allem, auch von der SED?

Inzwischen ist auch die Hoffnung der letzten „Individualisten“ zerstört: Das gerade für 1956 vielpropagizierte Sowjetzonen-Camping hat auch die „Jungen Pioniere“ angezogen, die ab Juni auf jedem Campingplatz einen — Pionierstützpunkt errichten wollen! Da kann man nur sagen: „Pack die Badehose ein...“ — um wenigstens auf dem Balkon noch ein paar Urlaubstage zu genießen... Nur vergessen Sie nicht, die Wohnungsklingel abzustellen! Es könnte der „Nationale Front-Aufklärer“ sein, der Sie zur nächsten Einwohnerversammlung holen will...

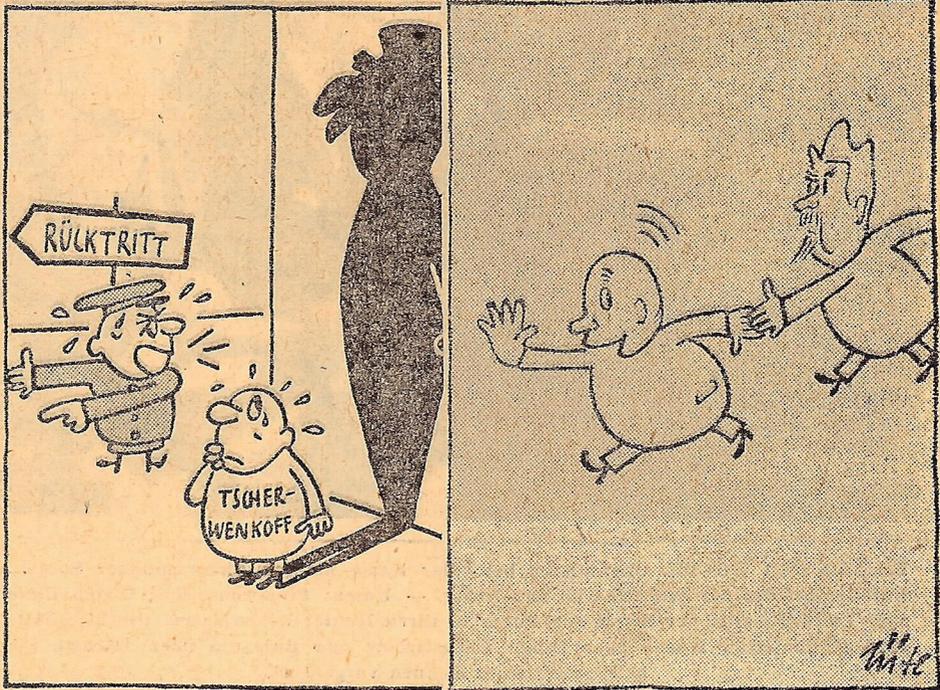
Sie wollen nicht zurück

Düsseldorf (AP). Keiner von den gegenwärtig noch in vier Wohnlagern in Nordrhein-Westfalen untergebrachten 4098 heimatlosen Ausländern aus osteuropäischen Ländern habe bisher einen Antrag auf Repatriierung gestellt, teilte ein Sprecher des Arbeits- und Sozialministeriums von Nordrhein-

Westfalen auf einer Pressekonferenz mit. Von insgesamt 16 585 Displaced Persons in zwölf Lagern, deren Betreuung das Land Nordrhein-Westfalen am 1. Juli 1950 übernahm, konnten bisher 12 487 in Wohnungen oder Heimen untergebracht werden.

Bulgariens Regierungschef abgesetzt

Englischer Nebel



Schatten der „Vergangenheit“

„Keine Angst, Genosse Bulganin, ich habe immer die Parteilinie vor Augen!“

Peinlicher Beifall

Fortsetzung von Seite 2

wissenschaftlichen Entscheidung gebührt. Er steht als Mensch und als überzeugungstreuer Politiker turmhoch über denen, die einst dabei waren und heute den Regierungswagen mit Schimpfkanonaden verfolgen.

Schimpfen überzeugt nicht. Honoriert wird das nur in Pankow, wo Thomas Dehler heute als Kronzeuge gegen das „diktatorische System“ der Bundesrepublik gefeiert wird. Der liberaldemokratische (und prokommunistische) „Morgen“ schreibt z. B.: „Andererseits erinnern wir uns noch gut der Worte so bekannter Persönlichkeiten der FDP wie Dr. Dehler

und Dr. Reinhold Maier, daß die Demokratie im Bonner Staat mit Füßen getreten wird...“ Und die ebenfalls prokommunistische „Neue Zeit“, die sich nicht auf Erinnerungen, sondern auf die frische Würzburger Rede Dehlers beruft, sagt: „Mit scharfen Worten geißelte Dr. Dehler die Politik der Bundesregierung und richtete seine Kritik besonders gegen die diktatorischen Methoden Adenauers... sowie gegen die Ausschaltung des Bonner Parlaments.“

Der feindschaftlichen Kriegserklärung Dehlers gegen die Bundesregierung und den Bundeskanzler — von Opposition kann man hier nicht mehr sprechen — folgt das Lob Pankows. Das ist ein peinlicher Beifall.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2
Druck: W. Büxenstein, GmbH



BILDER DER WOCHE. Oben: Auch bei guter Kasse hat ein Finanzminister Sorgen. Schäffer bei der Steuerdebatte im Bundestag. — Unten: Präzisionsarbeit leisten diese vier Luftakrobaten der Royal Air Force in ihren Hunter-Düsenjägern. Die in Schottland stationierten Kunstflieger haben Chruschtschow und Bulganin über Marham ihr halsbrecherisches Können vorgeführt.

